

Erzähler vom Westermwald

Hachenerberger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westermwaldgebiets

Mit der achteiligen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Aufsicht für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg. Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Nr. 58

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis: vierteljährlich 1.80 M.,
monatlich 60 Pf. (ohne Beleglohn).

Hachenburg, Freitag den 9. März 1917.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechspaltige Zeile oder deren
Raum 15 Pf., die Restzeile 40 Pf.

9. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

7. März. Französische Gegenangriffe im Courrières-Bald durch Feuer abgewiesen. — In zahlreichen Luftkämpfen werden 15 feindliche Flugzeuge abgeschossen, während auf deutscher Seite nur eines verlorengeht. — An der macedonischen Front werden mehrere kleinere englische Vorstöße abgewiesen.

Wer ist schuld?

Aus politischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die alte Erfahrung, daß die große Menge, wenn es schlecht geht, die Ursachen ihrer Notlage durchaus in sich und Blut vor sich sehen will, daß sie einen Schuldigen haben muß, an dem sie ihren Bogen, gleichviel ob mit Recht oder Unrecht, nach Vergeltung auslassen kann, sie wiederholt sich auch in den gegenwärtigen Wirtschaftskrisen unseres Volkes. Und es war schon so gut wie ausgemacht in einem ersten Teil unserer Öffentlichkeit, daß Freiherr v. Schorlemer-Meser, der preussische Landwirtschaftsminister, loszusagen das Rindvieh sei, auf das man mit deutscher Unerfahrenheit loszuschlagen müsse, um eine Besserung der Zustände herbeizuführen. In Preußen sind wir damit an, und in den anderen Bundesstaaten sind wir es bald. Beispiel alsbald Nachahmung. Wenn daher der preussische Landwirtschaftsminister an der Stelle, an der er sich mit seiner Amtsführung zu verantworten hat, gegen die zu seinen Lasten angelegene Legendenbildung zur Wehr setzt, so handelt es sich dabei doch um eine deutsche, nicht bloß um eine innerpreussische Angelegenheit, und es ist Anspruch darauf, daß seine Rechtfertigung nicht mit der flüchtigen Lesart des Sitzungsberichts als abgetan gilt.

Freiherr v. Schorlemer kommt aus dem Kreise der landständlichen Grundbesitzer, in dem umfassende Bildung zu vornehmen Umgangsformen sich von Gelehrtheit zu unterscheiden wie ein unverlierbares Gut forterben. Er vertritt mit diesen Eigenschaften die gründlichsten Fachkenntnisse, und nichts liegt ihm ferner als die in manchen Kreisen behauptete Einseitigkeit des offiziellen Großbüßers — des preussischen Junkertums, wie gewisse Kreise dieses öffentlichen Lebens sich auszudrücken belieben —, die über die Grenzen des eigenen Ressorts weder hinwegsehen können noch wollen. Trotzdem sind gerade gegen ihn nach dieser Richtung hin die heftigsten Vorwürfe laut geworden, und man erinnert sich noch, wie erst kürzlich Herr v. Schorlemer im Reichstage gegen den preussischen Landwirtschaftsminister vorging. Herr v. Schorlemer ist ihm die Antwort nicht schuldig geblieben, ihm und allen denjenigen, welche in seiner Person den Vater aller Hindernisse zu sehen sich angewöhnt haben. Gewiß ist der Landwirtschaftsminister dazu da, um die Interessen der Landwirtschaft wahrzunehmen, aber daß mit diesen Leben und Sterben des ganzen Volkes untrennbar verknüpft ist, daß die beste Organisation uns im Wege stehen muß, wenn die Erzeugung von Nahrungsmitteln durch staatliche Zwangsmaßnahmen mehr und mehr erschwert wird, das ist doch schließlich eine Unwahrheit geworden, über die nicht mehr viele Worte verschwendet zu werden brauchen. Der Ständler, welcher er mit dem Lande mehr, als flüchtige Sonntagsbesuche zu bewirken vermögen, Fühlung besitzt, ist sich auch dieses Zusammenhanges der Dinge wohl bewußt, aber er unterliegt doch zum großen Teile wenigstens immer wieder der Versuchung, überall agrarischen Eigentum zu wittern, bäuerliche Dorberbitterkeit, junkerliche Städtefeindschaft und was sonst noch immer der Landwirtschaft auf's Herdholz geschrieben wird. Und so ist es auch ein leichtes, ihm einzureden, daß der preussische Landwirtschaftsminister der oberste Schutz- und Schirmherr dieses Gewerbes sei. Herr v. Schorlemer hat sich kräftig zur Wehr gesetzt, das muß man sagen; er hat feste um sich gehalten, und manchmal, den es getroffen hat, wird sich alsbald bemerklich machen. Aber auch in seinem Falle gilt, was auch der Reichstagsminister gegenüber dem englischen Landwirtschaftsminister anführte: auf einen großen Klotz ein großer Keil. Diejenigen, die jetzt durch fortgesetzte Eingaben an alle möglichen Staatsstellen die Aufmerksamkeit auf sich und ihre Forderungen zu lenken suchen, haben Energie empfangen. Der Minister hat sie auf die Lande hingewiesen, daß es mit der Lebensmittelversorgung immer schlechter geworden ist, je mehr man seine Unabhängigkeit zugunsten der neubegründeten Reichsämter beschneidet, so daß es eigentlich den Gipfel der Ungerechtigkeit darstellt, wenn man ihn hinterher noch für die schlechten Erfahrungen verantwortlich machen will. Der umgekehrte Schluß läge ungemein näher: daß es nicht erst so weit gekommen wäre, wenn man auf die wirklich sachverständigen Warnungen des preussischen Landwirtschaftsministers und seiner Ver-

waltung mehr Gewicht gelegt hätte. Wie die Dinge jetzt liegen, kann er eigentlich nur noch mit verärgerten Armen der weiteren Entwicklung zusehen und die G.m.b.H.-Wirtschaft im Reiche sich ungehindert ausbreiten lassen. Aber kein lebendiges Pflichtgefühl wird es so weit nicht kommen lassen. Deutungslos darf niemand die Flinte ins Korn werfen, und niemand darf seinen Posten verlassen, solange er auf ihm noch etwas zu leisten imstande ist. Die Ständer mögen es sich noch einmal ruhig überlegen, ob ein Mann, der in so gerader und offener Weise für seine Überzeugung eintritt wie Herr v. Schorlemer es hier getan hat, ein Krieger sein kann, und ob sie wirklich recht daran tun, die deutschen Landwirte in Baulich und Vogen als eine Horde von Ausländern hinzustellen.

Im übrigen: was der preussische Staatskommissar Dr. Michaelis über den Stand unserer Vorräte gesagt hat und über die Art, wie in den Städten mit ihnen umgegangen wird, sollte eigentlich hinreichen, um die Suche nach dem Schuldigen im anderen Lager zum Aufhören zu bringen. Jeder sollte sich an seine eigene Brust schlagen und darüber klar werden, daß er sich selbst bessern muß, wenn das Ganze nicht in Gefahr geraten soll. Vom Ernst der Stunde haben wir genug geredet; wir sollten nun auch wirklich ernste Taten folgen lassen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Der Hauptausgang des Reichstages beschäftigte sich mit einer sozialdemokratischen Resolution, wonach schleunigst von Reich wegen neuer Arbeiterkündigungsvorschriften namentlich für diejenigen Betriebe der Munitions- und Schwerindustrie, die besonders gefährdet sind, erlassen und mit Hilfe der Bundesstaaten durchgeführt werden sollen. Der Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern erklärte, daß alles geschehe, was geschehen könne. Für gesetzgeberische Maßnahmen sei aber jetzt nicht die Zeit. Die Erfahrungen des Krieges würden gesammelt, um im Frieden nutzbar gemacht werden zu können. In dieser Hinsicht werde nichts verkümmert. Bei Beschwerden könne es sich nur um Ausnahmen handeln.

* Nach einer aus englischen Zeitungen hierhergelangten Nachricht soll Lord Newton im Oberhause ausgeführt haben, daß das zwischen Deutschland und England getroffene Abkommen über die beiderseitige Entlassung der mehr als 45 Jahre alten Zivilgefangenen „suspendiert“ worden sei. Es handelt sich offenbar um eine zeitweilige Auslegung der bereits in Ausführung begriffenen Transporthilfe infolge der durch die Seesperre geschaffenen Verkehrserschwerungen. Wegen der Fortleitung des Austausches auf einem von der Seesperre nicht betroffenen Wege sind der britischen Regierung deutscherseits Vorschläge gemacht worden, auf die eine Antwort jedoch noch aussteht.

* In einer Sitzung des Beirats des Kriegsernährungsamts wurde der neue Kriegsernährungsplan beraten. Es wird beabsichtigt, der Reichsgetreidekasse neben der Bewirtschaftung des Brotgetreides vom Herbst ab auch die des Hafers, der Gerste und der Hülsenfrüchte zu übertragen; die Fruchtarten sollten einheitlich für die Kommunalverbände beschlagnahmt werden. Eine durchgreifende Neuordnung der Preise, für die das Gutachten der Hochschulpromotoren in vieler Hinsicht eine brauchbare Grundlage gebe, müsse erfolgen, und zwar so, daß eine Steigerung der Gesamteinnahme der Landwirtschaft aus den abzuliefernden Erzeugnissen zum Nachteil der Verbraucher nicht eintrete. Es müßten die Preise der direkt abzuliefernden Bodenerzeugnisse erhöht und die Schlachtviehpreise entsprechend gesenkt werden. Der Preis für Roggen, Hafer und Gerste sei einheitlich mit 270 Mark, für Weizen mit 290 Mark vorzuschlagen. Zum Schluß der Beratungen stellt Herr v. Batocki fest, daß der Beirat in seiner überwiegenden Mehrheit sowohl der vorgelegten Neuorganisation der Getreidebewirtschaftung wie dem Vorschlage des Preisausgleiches grundsätzlich zustimme, daß bezüglich der Herabsetzung der Viehpreise sowie des Maßes der Erhöhung des Brotgetreidepreises aber erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern der Erzeuger und Verbraucher beständen. Er hoffe, daß es dem Kriegsernährungsamt gelingen werde, die richtige Linie zwischen den auseinandergehenden Forderungen zu finden.

Großbritannien.

* In England beginnt man sich immer mehr der durch die deutsche Seesperre geschaffenen gefährlichen Lage bewußt zu werden. Die Lebensmittelstände wachsen zusehends. Im Unterhause wurde vom Sekretär des Lebensmittelskontrollenurs erklärt, daß eine Kartoffelnot ohne Beispiel herrsche, aber nicht nur in England, sondern in der ganzen Welt. Wenn man aber in England fortfähre, in dem jetzigen Umfange Kartoffeln zu verbrauchen, würde wahrscheinlich im Frühjahr gar keine Kartoffel mehr vorhanden sein. Leute, die andere Dinge kaufen könnten, sollten das tun, sonst würden die Armen überhaupt keine Kartoffeln mehr zum Essen haben. An den Zeitungen ruft

man nach sofortiger Einführung von Lebensmittelkarten, sonst würde es zu spät werden, wie es in Rußland zu spät geworden sei. Falls England seine Vorräte erschöpfe, werde es ebenso werden wie in anderen Ländern.

China.

* Wie es scheint, ist man bemüht, die durch die Ministerkrise geschaffene Spannung zu mildern. Der „Times“ wird aus Peking gemeldet, daß die Vorstehenden der beiden Häuser des Parlaments den Präsidenten besucht und ihm mitgeteilt haben, daß er den allgemeinen Wunsch des Parlaments falsch aufgefaßt habe. Es wurden energische Versuche unternommen, um eine Verständigung zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten herbeizuführen.

Aus In- und Ausland.

Budapest, 7. März. Hier wird am 9. März Kaiser Karl erwartet in Begleitung des Ministers des k.u.k. Grafen Czernin.

Osaka, 7. März. In London verlautet gerüchtmäßig, daß die Regierung beabsichtige, eine Kommission zu ernennen, um über die Zweckmäßigkeit einer sofortigen Regelung der irischen Frage Bericht zu erstatten.

Kopenhagen, 7. März. Der Dampfer „Friedrich VIII.“ mit dem Grafen Bernstorff an Bord wird hier am Freitag vormittag erwartet.

London, 7. März. Die englische Regierung hat beschlossen, eine Bill einzubringen, um die Legislaturperiode des gegenwärtigen Parlaments zum dritten Mal um sechs Monate zu verlängern, da der Termin am 20. April abläuft.

London, 7. März. Für die deutschen Militär- und Zivilgefangenen ist eine neue von dem Lebensmittelkontrollenur bewilligte Ration verordnet worden. Bisher hatten diese Gefangenen mehr als die von dem Kontrollenur der Bevölkerung empfohlene freiwillige Ration erhalten.

Melbourne, 7. März. Das australische Parlament wurde aufgelöst; die Neuwahlen werden wahrscheinlich am 6. Mai stattfinden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(75. Sitzung.)

Ra. Berlin, 7. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Dr. Meier-Frankfurt a. O. gegenüber einem Angriff des Abg. Doehle, daß auch er gesagt habe, die Sauwache sei, daß Kohle überhaupt da ist, der Preis komme erst in zweiter Linie. Trotzdem müsse natürlich jede unnötige Verteuerung der Kohle verhindert werden. — Fortgesetzt wird die zweite Sitzung des Landwirtschaftsbeirats.

Abg. v. Kardorff (frh.): Die Regelung der Ernährungsfragen hat einen höchst unersreulichen Verlauf genommen. Die Schwierigkeiten sind in dem Mangel an Lebensmitteln allein nicht begründet. Man schiebt die Schuld hierfür auf ein Übermaß an Organisationen. Ohne die Kriegsorganisations- und ohne die Höchstpreise hätten wir aber nicht durchhalten können. Auf der anderen Seite kann man nicht alles organisieren. (Zustimmung.) Bei der Kartoffel hat man alle Erfahrungen in den Wind geschlagen. Gerade die Artikel sind im Preise gestiegen, an denen die Landwirtschaft nichts verdient. Alle Instanzen mögen sich des sachverständigen Rates der landwirtschaftlichen Verwaltung bedienen. Es handelt sich um den Aufbau eines größeren und neuen Deutschlands.

Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer gegen die Kriegsorganisationsfragen.

Ich benutze die erste Gelegenheit, um die Vorwürfe gegen mein Ressort und gegen meine Person zurückzuweisen. Ich soll das Reichsamt des Innern und das Kriegsernährungsamt völlig meinem Willen unterworfen und die Interessen der Verbraucher völlig außer acht gelassen haben. Die zahlreichen Kriegsorganisationsfragen haben die Mitwirkung des Landwirtschaftsministers in weitestem Maße abgeschwächt. (Hört, hört! rechts.) Die nötige Übersicht ist dadurch erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht (Stürmisches Hört, hört! rechts). Am Regierungsrat ist er so bereit, der Unbauern für Kartoffeln eingeführt sein. Ich bin hiernach nicht gefragt worden (Stürmisches Hört, hört! im Zentrum) und ich mußte den Regierungsratspräsidenten darüber befragen. Es ist ein altherres Märchen, daß ich es sei, der Maßnahmen von Reichsressorts unmöglich mache. Glücklicherweise hat der Reichstag doch nicht preussische Minister zu beraten. Ich würdige die schwierige Lage der Bewohner der großen Städte. Alle Bemühungen meiner Verwaltung sind darauf gerichtet, die Lage der Arbeiter und der Städte zu bessern. Ich vertrete die Klagen der Gewerkschaften, kann es aber nicht für gerechtfertigt halten, daß mein Ressort und meine Person, die Regierung, die Wohlhabenden und die Landwirte angeklagt werden. Die Gewerkschaften hätten nicht die Landwirtschaft verdächtigen und für Dinge verantwortlich machen sollen, an denen ganz andere Ursachen schuld sind. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Der Meinungsstreit in den letzten Monaten kann nicht die Kluft zwischen Verbrauchern und Erzeugern verringern. Ich bitte deshalb dringend alle, nicht das Trennende, sondern das Einigende hervorzuheben, den Willen zum Durchhalten trotz aller Entbehrungen (Zuruf links: Zu höheren Preisen! — Zurufe rechts). Den Willen zum Siegen.

Staatskommissar für die Ernährungsfragen, Unterstaatssekretär Michaelis: Infolge der Witterungsverhältnisse ist eine Not eingetreten, die insbesondere in den großen Industriestädten schwerer faum gedacht werden kann. Wir müssen damit rechnen, daß die Befandnahme vom 15. Januar nicht ein Blut über die Oberbühnen erregen wird.

dann eine weitere Ermäßigung eintreten. Immerhin aber würde von den vier Jahren Gefängnis doch noch soviel übrigbleiben, daß noch eine kleine Erhöhung der Gesamtstrafe herauskäme. Allerdings wären abzurechnen die 1 1/2 Jahre, die das Schwurgericht dem Schiffsman, der auch gebührenden Ehrverlust zu tragen hat, auf die Unteruchungshaft anrechnete. Frau Ahrens profitierte mit ihrer Strafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis, von der fünf Monate Unteruchungshaft abgehen, von den ihr angebilligten mildernden Umständen.

Bedingungen der neuen Kriegsanleihe.

Die Einzahlungen.

Die neue Kriegsanleihe besteht wieder in 5%igen Schuldverschreibungen und ferner in 4%igen mit 110% bis 120% auslosbaren Schatzanweisungen, wobei der Zeichnungspreis für beide Anleihearten auf 98% (Schuldbuchbeiträgen der 5%igen Reichsanleihe mit Sperte bis zum 15. April 1918 97,80 Mark) unter Verrechnung der üblichen Stückzinsen festgesetzt ist.

Obwohl der Zeichnungstermin die Zeit vom 15. März bis 16. April umfaßt, dürfen Voll- und Teilsahlungen, die letzteren in runden durch hundert teilbaren Beträgen des Nennwertes, bereits vom 31. März ab geleistet werden. Da der Zinslauf, und zwar bei beiden Anleihearten, am 1. Juli 1917 beginnt, der erste Zinschein mithin am 2. Januar 1918 fällig wird, ist denen, die bereits am 31. März Zahlungen leisten, ein Vierteljahr Zinsen zu vergüten, das heißt, bei einer Vollzahlung von hundert Mark Anleihe

am 31. März empfangen die Zeichner der 5%igen Schuldverschreibungen eine Rinderrückzahlung von 1%, gleich 12,50 Mark, die Zeichner der 4%igen Schatzanweisungen eine Vergütung von 1%, gleich 12,50 Mark. Der Zeichnungspreis ermäßigt sich mithin im Falle der Vollzahlung am 31. März auf 96%, für die 5%igen Schuldverschreibungen auf 96,55% für Schuldbeiträgen der 5%igen Reichsanleihe und auf 96% für die 4%igen Schatzanweisungen. Erfolgt die Zahlung später, so werden entsprechend weniger Zinsen vergütet, also z. B. am 20. April für 70 Tage.

Der erste Rinderrückzahlungstermin ist der 27. April. An diesem Tage müssen 30% des dem Zeichner ausgeteilten Betrages an Kriegsanleihe bezahlt werden. Am 24. Mai werden weitere 20%, und am 21. Juni und 18. Juli jeweils 25% fällig. Diese Rinderrückzahlungstermine müssen von den Zeichnern inne gehalten werden, sofern die Summe der fällig gewordenen Teilbeträge wenigstens 100 Mark ergibt. Hat jemand z. B. 1000 Mark 5%ige Kriegsanleihe gezeichnet und ausgeteilt erhalten, so muß er 300 Mark Kriegsanleihe am 27. April bezahlen, wobei ihm die Stückzinsen für 68 Tage vergütet werden, so daß die Vorauszahlung 300 Mark + 98% = 294 Mark abzüglich 2,80 Mark Stückzinsen) 291,20 Mark beträgt. Hat jemand 100 Mark Kriegsanleihe gezeichnet, so findet am 27. April der erste Rinderrückzahlungstermin, 100 Mark Kriegsanleihe zu begleichen. Hat jemand 300 Mark Kriegsanleihe gezeichnet, so braucht er am 27. April noch gar nichts einzahlen, denn 30% von 300 Mark ergeben nicht den Mindestbetrag von 100 Mark. Die ersten 100 Mark sind vielmehr bei einer Zeichnung von 300 Mark erst am 24. Mai fällig, weitere 100 Mark wären am 21. Juni

zu bezahlen und die restlichen 100 Mark am 18. Juli einer Zeichnung von 300 Mark Kriegsanleihe sind zu zahlen am 24. Mai und am 18. Juli zu bezahlen. Bei einer Zeichnung von 100 Mark Kriegsanleihe wird die ganze Zahlung am 18. Juli fällig. In allen Fällen können, wie schon oben erwähnt, die Vollzahlungen auch Teilsahlungen werden, indem immer nur in runden durch 100 Mark teilbaren Beträgen des Nennwertes.

Bestimmte Bedingungen gelten für die Einzahlungen Zeichnungen, die bei den Postanstalten erfolgen, nämlich ist hier zu bemerken, daß die Postanstalten Zeichnungen auf die 5%ige Kriegsanleihe, nicht auf die Reichsschatzanweisungen entgegennehmen, ist hervorzuheben, daß auch bei den Postanstalten schon am 31. März die Vollzahlung vorgenommen werden kann, daß für jedoch am 27. April geleistet muß (Teilsahlungen sind nicht zulässig). Für die Zahlung die am 31. März geleistet wird, werden Zinsen gleich 1% vergütet für die Vollzahlung, am 27. April oder in der zwischen dem 31. März und dem 27. April liegenden Zeit geleistet wird, werden zur Vereinfachung der Sache bei den Postanstalten gleichmäßig 33 Tage 1/3% vergütet.

Alle nähere über die Einzahlungsbedingungen der Kriegsanleihe wird nach Erscheinen der amtlichen Reichsanleiheausgabe aus dieser selbst zu erfahren und bei den Zeichnungs- und Vermittlungsstellen zu erfahren sein.

Für die Schlichtung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhölzl in Hachenburg.

Wichtig für Hilfsdienstpflichtige.

Hilfsdienstpflichtige, d. h. sämtliche männliche Personen zwischen 17 und 60 Jahren, soweit sie nicht zum Dienst in der bewaffneten Macht einberufen sind, haben sich im Falle freiwilliger Weidung an die Hilfsdienststelle des Kreisarbeitsnachweises in Limburg a. d. L. zu wenden. Auch weibliche Personen, die eine Stelle suchen, um entweder eine Militärperson freizumachen oder in kriegswirtschaftlichen Betrieben der Industrie und Landwirtschaft tätig zu werden, können ihre Weidung bei der genannten Stelle einreichen.

Reisefahrten sind bei jeder Kreispolizeibehörde erhältlich.

Für eine freiwillige Weidung zum Vaterländischen Hilfsdienst kommen nicht in Betracht die Personen, deren gegenwärtige Beschäftigung als vaterländischer Hilfsdienst gilt, d. h. Personen, die bei Behörden, behördlichen Einrichtungen, in der Kriegswirtschaft, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenfürsorge, in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder der Volksernährung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben, beschäftigt sind, soweit die Zahl dieser Personen das Bedürfnis nicht übersteigt.

Bekanntmachung.

Auf Grund der durch § 2 der Verordnung vom 21. August 1916 über die Regelung des Fleischverkehrs (R.-G.-Bl. S. 941) in Verbindung mit § 21 der preussischen Ausführungsverordnungen vom 8. September 1916 erteilten Ermächtigung wird angeordnet:

1. Die Bestimmung in VI § 15 Abs. 3 der preussischen Ausführungsverordnungen vom 8. September 1916 fällt weg.

2. Mit der Verbrauchsregelung des bei der amtlichen Fleischschau als bedingt tauglich oder minderwertig befundenen Fleisches aus Rotschlachtungen gelten folgende Vorschriften:

a) Das Fleisch ist befonderten Verwertungsanstalten nach den Bestimmungen von VI § 15 Abs. 2 der preussischen Ausführungsverordnungen vom 8. September 1916 zuzuführen und durch sie zu verwerten.

b) Die Verwertungsanstalten sind unter der Aufsicht der Provinzial-(Bezirks-)Fleischstellen oder durch die Geschäftsabteilungen der Provinzial-(Bezirks-)Fleischstellen (Viehhandelsverbände) einzurichten und zu betreiben.

c) Bedingt taugliches Fleisch darf nur nach Verbrauchsmessung (§ 39 der Ausführungsverordnungen A zum Gesetz, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau vom 3. Juni 1900) in den Verkehr gebracht werden.

d) Sowohl das bedingt taugliche als das minderwertige Fleisch muß zu einem geringeren als dem Marktpreis für taugliches Fleisch abgegeben werden.

e) Wiederverkäufer sind von dem Erwerb des Fleisches auszuschließen. Als Wiederverkäufer gelten nicht die Massenverkaufsstellen und ähnliche Einrichtungen (z. B. Speiseanstalten von Betrieben), soweit die Einrichtungen nicht als Gewerbetriebe im Sinne des § 11 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau vom 3. Juni 1900, anzusehen sind.

3. Der Fleischpreis, mit welchem Gewichte das minderwertige und bedingt taugliche Fleisch auf die Fleischkarte anzurechnen ist, wird den Provinzial-(Bezirks-)Fleischstellen übertragen. Eine Festsetzung des Anrechnungssatzes mit mehr als der doppelten Menge des volltauglichen Schlachtviehfleisches mit eingewachsenen Knochen bedarf der Genehmigung des Landesfleischamtes.

Eine Ueberschreitung der nach § 6 Abs. 1 der Verordnung vom 21. August 1916 vom Kriegsernährungsamte festgesetzten Höchstmenge an Fleisch und Fleischwaren, die auf Fleischkarte abgegeben werden darf, ist auch bei Hinzunahme von bedingt tauglichem und minderwertigem Fleisch nicht zulässig, jedoch ist hierbei das bedingt taugliche oder minderwertige Fleisch nur mit dem Gewicht zu berücksichtigen, mit dem es nach der vorstehenden Bestimmung anzurechnen ist.

4. Dem Selbstverbraucher ist Fleisch aus einer in seinem Betriebe notwendig gewordenen Rotschlachtung in Anrechnung auf die ihm nach den Grundsätzen über Hauschlachtungen zustehenden Fleischmengen auf Verlangen, — soweit die Gefahr des Verderbens dieser Fleischmengen nicht besteht, — zu belassen.

Wenn es sich um die Anrechnung von bedingt tauglichem oder minderwertigem Fleisch aus einer Rotschlachtung handelt, so ist stets nur 50 v. H. des Schlachtgewichts auf Fleischkarte zu verrechnen.

Eine Verabfolgung der Anrechnung unter 50 v. H. darf nur in Ausnahmefällen, in denen die Gefahr des Verderbens wahrscheinlich und eine andere Verwertungsmöglichkeit nicht gegeben ist, durch den Kommunalverband erfolgen.

Berlin, den 20. Januar 1917.

Kgl. Preuss. Landesfleischamt.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Marientberg, den 27. Februar 1917.

Bekanntmachung.

Die in überaus großer Zahl eingehenden Anträge auf Ausstellung von Saatarten zum Bezuge von Saatgetreide insbesondere von Weizen lassen die Vermutung aufkommen, daß das Saatgetreide nicht sämtlich zur Saat, sondern auch als Vorrat für Verwendung finden soll. Ich mache daher nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam, daß das auf Grund der Saatarten bezogene Saatgut aus tatsächlich zur Saat Verwendung finden muß, andernfalls sich die Verletzung des Saatguts strafbar machen. Ich werde die richtige Verwendung des Saatguts überwachen lassen und unabsichtlich gegen diejenigen Personen, welche Saatgut zu anderen Zwecken als zur Saat verwendet haben, vorgehen. Weiter mache ich nochmals darauf aufmerksam, daß nur diejenigen Landwirte, welche im Besitze einer von mir ausgestellten Saatkarte sind, Saatgetreide kaufen oder verkaufen dürfen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 6. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Ruhbarmachung erfrorener Kartoffeln.

Es herrscht in vielen, insbesondere Verbrauchsstellen die Auffassung, daß erfrorene Kartoffeln für menschliche Ernährung ungeeignet seien; in vielen Haushaltungen werden erfrorene Kartoffeln einfach weggeworfen. Die Auffassung, daß erfrorene Kartoffeln nicht mehr genießbar gemacht werden können, ist irrig. Die erfrorenen Kartoffeln sind bis zum Verbrauch kalt zu lagern, damit sie unter keinen Umständen auftauen. Sie werden vor dem Verbrauch 12 bis 20 Stunden (je nach dem Grad der Gefrierhärte) hindurch in kaltes Wasser gelegt, das zweckmäßigerweise erneuert werden kann. Sie dürfen dann nicht geschält, sondern müssen in der Schale gekocht werden. Durch diese Behandlung verlieren die Kartoffeln ihren süßlichen Geschmack und sind nichterfrorenen Kartoffeln durchaus gleichwertig.

Marientberg, den 22. Februar 1917.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 3. 3. 1917. Der Bürgermeister.

18. Armee-Korps. Stellvertretendes Generalkommando. Frankfurt a. M., 14. Februar 1917.

Verordnung.

Betr.: Verbot der Mitteilung militärischer Maßnahmen.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Wehrerhaltungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich für den mit unterstellten Kommando: Es ist verboten, einem anderen Mitteilung zu machen, aus denen auf militärische Maßnahmen Schlüsse gezogen werden können, sowie Mitteilungen in geheimer Schreibart oder einer Geheimrede und Mitteilungen, die nur aus Eingebuchstaben oder Zahlen oder nur aus Unterschrift bestehen.

Der Versuch ist strafbar. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Der stellvertretende Kommandierende General

Riedel, Generalleutnant.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 6. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Zur bevorstehenden

Frühjahrs-Ausfaat

empfehlen:

Thomasmehl, Rainitt, Kalisalz
Kalkstickstoff
und Ammoniak-Superphosphat.

Von letzterem stehen uns nur einige hundert Zentner zur Verfügung und geben wir hiervon nur kleinere Quantums in Verbindung mit anderen Düngemitteln ab.

Phil. Schneider G. m. b. H.
Hachenburg.

Höchstpreise für Bier

sind jetzt in Kraft getreten. Einfachbier und dunkles, oberegäres Süßbier, welches schon vor dem Kriege nur wenige Prozent Stammwürze hatte, außer Betracht gelassen, ist die gestrige Vorschrift für untergäres Bier 6% Stammwürze. Anderwärts wurde dieses Kriegsbier schon lange Zeit geliefert.

Die verehr. Konsumenten müssen nun auch in den von mir belieferten Lokalen demnächst mit einem nur dem Gesetz entsprechenden Bier vorliebnehmen, da das seitherige bedeutend kräftigere Bier, zu dem vorgeschriebenen Preise nun nicht mehr geliefert werden kann. Meine Bierpreise entsprachen genau der Bierqualität und den teuren Malzpreisen. Denn das Bier, welches ich seither außer dem allgemein üblichen Lieferungsquantum abgeben konnte, entstammte Ueberschußmalz, welches ich in reichlichen Mengen aber zu äußerst hohen Preisen, in der Zeit, wo der Kauf desselben noch gestattet war, eingekauft hatte. Ueberschußmalz bezw. das Bier hieraus ist jedoch fast überall längst vergriffen, daher im Höchstpreisgesetz außer Betracht gelassen.

Hachenburg, den 8. März 1917.

Westerwald-Brauerei H. Schneider.

Soldatenheime,

ihre Einrichtung und Bedeutung.

Vortrag des Herrn Sekretär Bergmann vom deutschen Junglingsbund u. B., Varnhagen

am Samstag, den 10. März

abends 8 1/2 Uhr

im Saal des Gasthofs zur Krone, Hachenburg

Vorführung prächtiger Lichtbilder

Eintritt frei.

Um zahlreichen Besuch der Angehörigen jeder Bekenntnisse wird freundlich gebeten.

Bringe hiermit mein

großes Lager in Möb

Betten und vollständigen Ausstattung

— Korbwaren —

Kinder-, Sport- und Weiterwa

Treppenleitern, Nähmaschinen

in empfehlende Erinnerung.

Karl Baldus, Hachenburg

Butter- und Marmeladedosen D. L.

innen pergamentiert — Ersatz für Weißblech in verschiedenen Größen mit pass. Feldpostschloß

alle Sorten Feldpostschloß

für Wiederverkäufer besonders günstig, empfehl.

Geschäftsstelle des „Erzähler vom Westerwald“

Hachenburg, Wilhelmstraße.

Haarbürsten und Haarämme

empfehl. K. Darsch, Hachenburg

Wohnung

2 Zimmer und Küche

Zubehör per 1. April

später zu vermieten

Fr. Wilt. G.

Hachenburg, Joh. Anst.

Suche zum 15. März

empfehl.

Köchin u. 1 Hausm.

das servieren und nähen

Angebote mit Gehalts

und Zeugnis an

Frau Dr. med. P.

Frankfurt a. M., Retten

Schöne Fahr

in diesem Monat bei

Mal folgend, zu ver

Wilhelm von

Odermörsbach, Post

Sägemühl

in waldbereicher Gegend, n

station

zu kaufen

zu mieten ge

Wasser- oder Dampf

ebote unter K. H. 3947

Rudolf Woffe, Göttingen

Erzähler vom Westerwald

Hachenerberger Tageblatt

Tägliche Nachrichten
für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Multipliziertes Sonntagsblatt.
Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzel in Hachenburg.

Nr. 58

Ercheint an allen Wochentagen.
Zugangspreis: vierteljährlich 1.80 M.,
monatlich 60 Pfg. (ohne Frangierlohn).

Hachenburg, Freitag den 9. März 1917.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsspaltige Zeile oder deren
Raum 15 Pfg., die Restzeile 40 Pfg.

9. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

7. März. Französische Gegenangriffe im Courrières-Bald durch Feuer abgewiesen. — In zahlreichen Luftkämpfen wurden 15 feindliche Flugzeuge abgeschossen, während auf deutscher Seite nur eines verlorengeht. — An der macedonischen Front werden mehrere kleinere englische Vorstöße abgeschlagen.

Wer ist schuld?

Aus politischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die alte Erfahrung, daß die große Menge, wenn es ihr schlecht geht, die Ursachen ihrer Notlage durchaus in Reich und Blut vor sich sehen will, daß sie einen Schuldigen haben muß, an dem sie ihren Groll, gleichviel ob mit Recht oder Unrecht, nach Vergessenslust auslassen kann, sie wiederholt sich auch in den gegenwärtigen Wirtschaftsschwierigkeiten unseres Volkes. Und es war schon so gut wie ausgemacht in einem großen Teil unserer Öffentlichkeit, daß Freiherr v. Schorlemer-Meser, der preussische Landwirtschaftsminister, loszulassen das Rindfleisch, auf das man mit deutscher Unerschrockenheit loszuschlagen mußte, um eine Besserung der Zustände herbeizuführen. In Preußen hing es damit an, und in den anderen Bundesstaaten fand dieses Beispiel alsbald Nachahmung. Wenn daher der preussische Landwirtschaftsminister an der Stelle, an der er sich mit seiner Amtsführung zu verantworten hat, gegen eine zu seinen Lasten angelegene Legendenbildung zur Wehr setzt, so handelt es sich dabei doch um eine denkwürdige, nicht bloß um eine innerpreussische Angelegenheit, und es ist Anspruch darauf, daß seine Rechtfertigung nicht mit einer flüchtigen Vertüre des Sitzungsberichts als abgetan gilt.

Freiherr v. Schorlemer stammt aus einer Reihe der schändlichen Grundbesitzer, in dem umfassenden Bildung und vornehmen Umgangsformen sich von Geschlecht zu Geschlecht wie ein unverwundbares Gut forterben. Er verbindet mit diesen Eigenschaften die gründlichsten Fachkenntnisse, und nichts liegt ihm ferner als die in manchen Kreisen behauptete Einseitigkeit des offiziellen Großbesitzertums — des preussischen Junkertums, wie gewisse Kreise unseres öffentlichen Lebens sich auszudrücken beliebten —, die über die Grenzen des eigenen Ressorts weder hinwegsehen können noch wollen. Trotzdem gerade gegen ihn nach dieser Richtung hin die heftigsten Vorwürfe laut geworden, und man erinnert sich noch, wie erst kürzlich Herr Scheidemann im Reichstage gegen den preussischen Landwirtschaftsminister vorging. Herr v. Schorlemer ist ihm die Antwort nicht schuldig geblieben, ihm und allen denjenigen, welche in seiner Person den Vater aller Hindernisse zu sehen sich angewöhnt haben. Gewiß ist der Landwirtschaftsminister dazu da, um die Interessen der Landwirtschaft wahrzunehmen, aber daß mit diesen Leben und Sterben des ganzen Volkes untrennbar verknüpft ist, daß die beste Organisation uns im Etische lassen muß, wenn die Erzeugung von Nahrungsmitteln durch staatliche Zwangsmaßnahmen immer mehr und mehr erschwert wird, das ist doch schließlich eine Unvermeidlichkeit geworden, über die nicht mehr viele Worte verhandelt zu werden brauchen. Der Städter, soweit er mit dem Lande mehr, als flüchtige Sonntagsbesuche zu bewirken vermögen, Fühlung besitzt, ist sich auch dieses Zusammenhangs der Dinge wohl bewußt, aber er unterliegt doch zum großen Teile wenigstens immer wieder der Versuchung, überall agrarischen Eigentum zu wittern, bauerliche Vorbehaltsrechte, junkerliche Stillschuld und was sonst noch immer der Landwirtschaft auf's Herbeizuführen wird. Und so ist es auch ein leichtes, ihm einzureden, daß der preussische Landwirtschaftsminister der beste Schutz- und Schirmherr dieses Gewerbes sei. Herr v. Schorlemer hat sich kräftig zur Wehr gesetzt, das muß man sagen; er hat feste um sich gehalten, und mancher, den es getroffen hat, wird sich alsbald bewußt machen. Aber auch in seinem Falle gilt, was auch der Reichsfänger gegenüber dem englischen Premierminister anführte: auf einen großen Klotz ein großer Keil. Diejenigen, die jetzt durch fortgesetzte Einreden an alle möglichen Staatsstellen die Aufmerksamkeit auf sich und ihre Forderungen zu lenken suchen, haben die Streiche empfangen. Der Minister hat sie auf die Lausche hingewiesen, daß es mit der Lebensmittelversorgung immer schlechter geworden ist, je mehr man seine Zuständigkeit zugunsten der neubegründeten Reichsämter beschnitten hat, so daß es eigentlich den Gipfel der Ungerechtigkeit darstellt, wenn man ihn hinterher noch für die schlechten Erfahrungen verantwortlich machen will. Der umgekehrte Schluss läge umgekehrt näher: daß es nicht erst so weit gekommen wäre, wenn man auf die wirklich sachverständigen Mahnungen des preussischen Landwirtschaftsministers und seiner Ver-

waltung mehr Gewicht gelegt hätte. Wie die Dinge jetzt liegen, kann er eigentlich nur noch mit verschränkten Armen der weiteren Entwicklung zusehen und die G.m.b.H.-Wirtschaft im Reiche sich ungehindert ausbreiten lassen. Aber kein lebendiges Mitleidsgefühl wird es so weit nicht kommen lassen. Deutsutage darf niemand die Finte ins Korn werfen, und niemand darf seinen Vorkurs verlassen, solange er auf ihm noch etwas zu leisten imstande ist. Die Städter mögen es sich noch einmal ruhig überlegen, ob ein Mann, der in so gerader und offener Weise für seine Überzeugung eintritt wie Herr v. Schorlemer es hier getan hat, ein Krieger sein kann, und ob sie wirklich recht daran tun, die deutschen Landwirte in Baulich und Vogen als eine Horde von Ausplünderern hinzustellen.

Im übrigen: was der preussische Staatskommissar Dr. Michaelis über den Stand unserer Vorräte gesagt hat und über die Art, wie in den Städten mit ihnen gewirtschaftet worden ist, sollte eigentlich hinreichen, um die Suche nach dem Schuldigen im anderen Lager zum Aufhören zu bringen. Jeder sollte sich an seine eigene Brust schlagen und darüber klar werden, daß er sich selbst besser muß, wenn das Ganze nicht in Gefahr geraten soll. Vom Ernst der Stunde haben wir genug geredet; wir sollten nun auch wirklich ernste Taten folgen lassen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Hauptauschuss des Reichstages beschäftigte sich mit einer sozialdemokratischen Resolution, wonach schleunigst von Reich wegen neuer Arbeiterkammergesetze namentlich für diejenigen Betriebe der Munition- und Schwerindustrie, die besonders gefährdet sind, erlassen und mit Hilfe der Bundesstaaten durchgeführt werden sollen. Der Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern erklärte, daß alles geschehe, was geschehen könne. Für gesetzgeberische Maßnahmen sei aber jetzt nicht die Zeit. Die Erfahrungen des Krieges würden gesammelt, um im Frieden nutzbar gemacht werden zu können. In dieser Hinsicht werde nichts versäumt. Bei Beschwerden könne es sich nur um Ausnahmen handeln.

Nach einer aus englischen Zeitungen hierhergelangten Nachricht soll Lord Newton im Oberhaus ausgeführt haben, daß das zwischen Deutschland und England getroffene Abkommen über die beiderseitige Entlassung der mehr als 45 Jahre alten Zivilgefangenen „suspendiert“ worden sei. Es handelt sich offenbar um eine zeitweilige Aussetzung der bereits in Ausführung begriffenen Transporte infolge der durch die Seeperrse geschaffenen Verkehrserschwerungen. Wegen der Fortsetzung des Austausches auf einem von der Seeperrse nicht betroffenen Wege sind der britischen Regierung deutscherseits Vorschläge gemacht worden, auf die eine Antwort jedoch noch aussteht.

In einer Sitzung des Beirats des Kriegsernährungsamts wurde der neue Kriegsernährungsplan beraten. Es wird beabsichtigt, der Reichsgetreidekasse neben der Bewirtschaftung des Brotgetreides vom Herbst ab auch die des Hafers, der Gerste und der Hülsenfrüchte zu übertragen; die Fruchtarten sollten einheitlich für die Kommunalverbände beschlagnahmt werden. Eine durchgreifende Neuordnung der Preise, für die das Gutachten der Hochschulpromessoren in vieler Hinsicht eine brauchbare Grundlage gebe, müsse erfolgen, und zwar so, daß eine Steigerung der Gesamteinnahme der Landwirtschaft aus den abzuliefernden Erzeugnissen zum Nachteil der Verbraucher nicht eintrete. Es müßten die Preise der direkt abzuliefernden Bodenerzeugnisse erhöht und die Schlachtviehpreise entsprechend gesenkt werden. Der Preis für Roggen, Hafer und Gerste sei einheitlich mit 270 Mark, für Weizen mit 290 Mark vorzuschlagen. Zum Schluss der Beratungen hielt Herr v. Batocki fest, daß der Beirat in seiner überwiegenden Mehrheit sowohl der vorgeschlagenen Neuorganisation der Getreidebewirtschaftung wie dem Vorschlage des Preisangleichs grundsätzlich zustimme, daß bezüglich der Verabreichung der Viehpreise sowie des Maßes der Erhöhung des Brotgetreidepreises aber erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern der Erzeuger und Verbraucher beständen. Er hoffe, daß es dem Kriegsernährungsamt gelingen werde, die richtige Linie zwischen den auseinandergehenden Forderungen zu finden.

Großbritannien.

In England beginnt man sich immer mehr der durch die deutsche Seeperrse geschaffenen gefährlichen Lage bewußt zu werden. Die Lebensmittelnot wächst un-
sichend. Im Unterhaus wurde vom Sekretär des Lebensmittellieferanten erklärt, daß eine Kartoffelnot ohne Beispiel herrsche, aber nicht nur in England, sondern in der ganzen Welt. Wenn man aber in England fortfahre, in dem jetzigen Umfang Kartoffeln zu verzehren, würde wahrscheinlich im Frühjahr gar keine Kartoffel mehr vorhanden sein. Leute, die andere Dinge kaufen könnten, sollten das tun, sonst würden die Armen überhaupt keine Kartoffeln mehr zum Essen haben. In den Zeitungen ruft

man nach sofortiger Einführung von Lebensmittelkarten, sonst würde es zu spät werden, wie es in Rußland zu spät geworden sei. Sollte England seine Vorräte erschöpfen, werde es ebenso werden wie in anderen Ländern.

China.

Wie es scheint, ist man bemüht, die durch die Ministerkrisis geschaffene Spannung zu mildern. Der „Times“ wird aus Peking gemeldet, daß die Vorstehenden der beiden Häuser des Parlaments den Präsidenten besucht und ihm mitgeteilt haben, daß er den allgemeinen Wunsch des Parlamentes falsch aufgefaßt habe. Es wurden energische Versuche unternommen, um eine Verständigung zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten herbeizuführen.

Aus In- und Ausland.

Budapest, 7. März. Hier wird am 9. März Kaiser Carl erwartet in Begleitung des Ministers des k. u. k. Hofes Grafen Czernin.

Dona, 7. März. In London verlautet gerüchtwiese, daß die Regierung beabsichtigt, eine Kommission zu ernennen, um über die Zweckmäßigkeit einer sofortigen Regelung der irischen Frage Bericht zu erstatten.

Kopenhagen, 7. März. Der Dampfer „Frederik VIII.“ mit dem Grafen Bernstorff an Bord wird hier am Freitag normittag erwartet.

London, 7. März. Die englische Regierung hat beschlossen, eine Bill einzubringen, um die Legislaturperiode des gegenwärtigen Parlaments zum dritten Mal um sechs Monate zu verlängern, da der Termin am 20. April abläuft.

London, 7. März. Für die deutschen Militär- und Zivilgefangenen ist eine neue von dem Lebensmittelkontrollleur bewilligte Ration verordnet worden. Bisher hatten jene Gefangenen mehr als die von dem Kontrollleur der Bevölkerung empfohlene freiwillige Ration erhalten.

Melbourne, 7. März. Das australische Parlament wurde aufgelöst; die Neuwahlen werden wahrscheinlich am 6. Mai stattfinden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(75. Sitzung.)

12. Berlin, 7. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Dr. Meier-Frankfurt a. O. gegenüber einem Angriff des Abg. Dörmlich, daß auch er gesagt habe, die Hauptfrage sei, daß Rohle überhaupt da ist. Der Preis komme erst in zweiter Linie. Trotzdem müsse natürlich jede unnötige Verteuerung der Rohle verhindert werden. — Fortgesetzt wird die zweite Sitzung des Landwirtschaftsausschusses.

Abg. v. Kardorff (frh.): Die Regelung der Ernährungsfragen hat einen höchst unerfreulichen Verlauf genommen. Die Schwierigkeiten sind im dem Mangel an Lebensmitteln allein nicht begründet. Man schiebt die Schuld hierfür auf ein Übermaß an Organisationen. Ohne die Kriegsorganisations- und ohne die Höchstpreise hätten wir aber nicht durchhalten können. Auf der anderen Seite kann man nicht alles organisieren. (Zustimmung.) Bei der Kartoffel hat man alle Erfahrungen in den Wind geschlagen. Gerade die Kartoffel ist im Preise gestiegen, an denen die Landwirtschaft nichts verdient. Alle Instanzen mögen sich des sachverständigen Rates der landwirtschaftlichen Verwaltung bedienen. Es handelt sich um den Aufbau eines größeren und neuen Deutschlands.

Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer gegen die Kriegsorganisationsfragen.

Ich benutze die erste Gelegenheit, um die Vorwürfe gegen mein Ressort und gegen meine Person zurückzuweisen. Ich soll das Reichsamt des Innern und das Kriegsernährungsamt völlig meinem Willen unterwerfen und die Interessen der Verbraucher völlig außer acht gelassen haben. Die zahlreichen Kriegsorganisations haben die Mitwirkung des Landwirtschaftsministers in weitestem Maße abgeschwächt. (Hört, hört! rechts.) Die nötige Übersicht ist dadurch erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht (Stürmisches Hört, hört! rechts). Im Regierungsbezirk Erfurt soll bereits der Anbau von Kartoffeln eingeführt sein. Ich bin hiernach nicht gefragt worden (Stürmisches Hört, hört! im Zentrum) und ich mußte den Regierungspräsidenten darüber befragen. Es ist ein albern Märchen, daß ich es sei, der Maßnahmen von Reichsressorts unmöglich mache. Gütlicher Weise hat der Reichstag doch nicht preussische Minister zu berufen. Ich würdige die schwierige Lage der Bewohner der großen Städte. Alle Bemühungen meiner Verwaltung sind darauf gerichtet, die Lage der Arbeiter und der Städter zu bessern. Ich verstehe die Klagen der Gewerkschaften, kann es aber nicht für gerechtfertigt halten, daß mein Ressort und meine Person, die Regierung, die Wohhabenden und die Landwirte angeklagt werden. Die Gewerkschaften hätten nicht die Landwirtschaft verdächtigen und für Dinge verantwortlich machen sollen, an denen ganz andere Ursachen schuld sind. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Der Meinungsstreit in den letzten Monaten kann nicht die Kluft zwischen Verbrauchern und Erzeugern verringern. Ich bitte deshalb dringend alle, nicht das Trennende, sondern das Einigende hervorzuheben, den Willen zum Durchhalten trotz aller Entbehrungen (Sturm links: Zu höheren Preisen! — Phui-Aus! rechts), den Willen zum Siegen.

Staatskommissar für die Ernährungsfragen, Unterstaatssekretär Michaelis: Infolge der Witterungsverhältnisse ist eine Not eingetreten, die insbesondere in den großen Industriezentren schwerer kaum gedacht werden kann. Wir müssen damit rechnen, daß die Befandnahme vom 15. Januar nicht ein Blut über die Osterfeiern ergehen wird.

• Wegen hohe Belohnung. Im Anzeigenteil eines Wiener Blattes war kürzlich zu lesen: „Graue Sigarren-

falsche, Krokodille, Sonntag in der Nähe der Stetans-
kirche verloren. Kinder wird gebeten, selbige gegen ein
prima Schinkenbein oder sonstige kulinarische Marität ab-
zugeben.

• **Schweres Unglück an Schwedens Westküste.** In
der schwedischen Westküste ereignete sich ein entsetzliches
Unglück. Der ganze Eisgürtel an der Küste, von der
Bucht von Vaholm bis Falkenberg und Barberg ist plötz-
lich in Bewegung gekommen und dem Meere zugetrieben.
Auf dem Eise befand sich eine große Anzahl von Fischern.
Man weiß noch nicht, ob es sich um hundert oder Hunderte
von Menschen handelt, die in der Dunkelheit hilflos auf
den Eisschollen treiben.

• **Explosion eines russischen Munitionszuges.** In
verschiedenen Teilen Sibiriens herrschen seit vierzehn Tagen
furchtbare Schneestürme, die alle Warentransporte voll-
ständig unterbrechen. Infolge starker Schneeverwehungen
entgleiste ein von Tschita abgelassener Munitionszug in
voller Fahrt. Die Lokomotive wurde gänzlich zertrümmert.
Die ersten Wagen gingen Feuer, worauf der ganze Zug
unter furchtbarem Getöse explodierte. Die Begleitmann-
schaften des Zuges sind bis auf den letzten Mann umge-
kommen. Der Bahnkörper ist auf eine Strecke von sechs
Werst aufgerissen.

• **Erdbeben in Italien.** Im Eisenbahnverkehr von
Süd- und Norditalien sind in den letzten Tagen starke

Störungen eingetreten. Das Verkehrsministerium teilt
mit, daß für mehrere Tage die Annahme von Gütern in
dieser Richtung unterbleibt. Nur bringende militärische
Transporte finden statt. Erdbeben an verschiedenen Stellen
sind die Ursache der Störung.

• **Brand in einer Pariser Munitionsfabrik.** Nach
einer Meldung des „Petit Parisien“ brach in den Kriegs-
werkstätten von Panhard & Knopf in Paris ein Brand
aus, wobei vier Arbeiter schwer und acht leicht verwundet
wurden. Eine Explosion der Sprengstoffe konnte ver-
hindert werden. Der Schaden ist noch nicht abzuschätzen.

• **Ein deutsch-türkisches Museum in Konstantinopel.**
Die Errichtung eines Kriegsmuseums für Trophäen und
andere Gegenstände, die mit dem Weltkrieg im Zusammen-
hange stehen, wurde in Konstantinopel beschlossen. Das
Museum wird auf Grund deutscher Pläne und Muster
eingerrichtet und soll im Laufe des Monats Mai oder Juni
eröffnet werden. Die Errichtung eines zweiten Kriegs-
museums ist für Jerusalem geplant.

Aus dem Gerichtssaal.

• **Die Rigeuner Ebender vor den Geschworenen.** Vor
dem Schwurgericht in Fulda begann die für mehrere Tage
berechnete Verhandlung gegen die Rigeuner Ernst, Wilhelm
und Hermann Ebender, die beschuldigt werden, am 15. Fe-
bruar 1912 im Walde bei Fulda den Förster Romanus er-
schossen zu haben. Die drei Brüder flüchteten nach der Tat

ins Ausland und wurden im Sommer vorigen Jahres
bald nach Deutschland ausgeliefert. Der Mann, der
hat bereits eingestanden, den Förster erschossen zu haben.

• **Wegen unerhörtter Milchfälschungen** wurden
Berliner Strafkammern mehrere Personen verurteilt.
Der Herr Ulrich Mann und Frau erhielten je neun
Monate Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, weil sie
vertriebenen Milch bis zu 60 % Wasser zugelegt
hätten. Die Milchhändlerin Maria Schroeder hatte Milch
bis zu 80 % Wasser versetzt. Sie erhielt drei Monate Gefängnis
und 1000 Mark Geldstrafe. Zwei Monate Gefängnis und
500 Mark Geldstrafe erhielt der Volkereibereiter Sahrmann
Geldstrafe der Milchhändler Gust. Reumann, ebenfalls
Milchfälschungen.

Volks- und Kriegswirtschaft.

• **Erfassung der Phosphatbestände.** Durch eine
Vollzählung soll die Erfassung der im Deutschen Reich
Phosphate gewährt werden. Phosphorhaltige Erzeugnisse
und Gesteine unterliegen nach dieser Verordnung der
Anzeigepflicht. Vorräte und Funde dieser Erzeugnisse
sind der Kriegs-Phosphat-Gesellschaft, Berlin W. 9, anzudeuten.
Der Gesellschaft wird das Recht zugestanden, die
Lieferung aller Phosphate und phosphorhaltiger Erzeugnisse
zu verlangen.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich:
Theodor Kirchhübel in Hachenburg.

Am Samstag, den 10. März, findet nachmittags
von 3—5 Uhr in der Wirtschaft Linn hieselbst
eine Aufnahme der vorhandenen Schlachtschweine,
sowie der vorhandenen Zuchtschweine und Ferkel,
der Pferde, des sämtlichen Rindviehs und der
Schafe statt.

Es wird daher jeder, der im Besitz von obengenannten
Tieren ist, aufgefordert, diesbezügliche Angaben dem in
der Wirtschaft Linn anwesenden Beamten zu machen. Die
Hauswirtschaftsvorstände oder ihre Vertreter haben selbst
zu erscheinen, da auch Angaben über Besitz von Acker-
grundstücken usw. zu machen sind.

Hachenburg, den 9. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine
Landes-Verwaltung vom 30. Juni 1883 (G. S. S. 195) und den
§§ 6, 12 und 13 der allerhöchsten Verordnung vom 20. September
1897 über die (G. S. S. 1329) wird mit Zustimmung des Bezirks-
Ausschusses für den ganzen Umfang des Regierungsbezirks unter
Aufhebung der diesseitigen Polizei-Verordnung vom 15. Juni 1887
(Reg.-Amtsbl. Nr. 25 S. 322) folgendes verordnet.

§ 1.
Alle bereits abgestorbenen Obstdäume, sowie die bürren Keste
und Aststumpfen an noch nicht abgestorbenen Obstdäumen sowohl
in Gärten, als in Feldern sind seitens deren Eigentümer oder sonstigen
Nutzungsberechtigten, welchen die Verfügung über dieselben zusteht,
in jedem Jahre bis zum im § 3 festgesetzten Termin zu entfernen.
Das bürre Holz ist alsbald wegzuräumen oder an Ort und
Stelle zu verbrennen.

§ 2.
Zur Verhütung der Insekten- und Pilzvermehrung sind beim
Abschneiden der bürren Keste und Aststumpfen der Obstdäume stets
a) alle Sägegeschwundene von 5 cm Durchmesser und darüber
mit Steinkohlenteer oder einem anderen geeigneten Mittel zu
verdecken,

b) die am Stamm und an Ästen durch Frost, Ackergeräte,
Weg usw. hervorgerufenen Seitenwunden auszusäubern und
mit Steinkohlenteer oder sonst einem geeigneten Mittel zu ver-
streichen,

c) die vorkommenden Astlöcher von dem modrigen Holze zu reinigen
und so auszufüllen (beispielsweise mit einem Gemisch von
Lehm und Teer), daß das Wasser nicht mehr eindringen kann.

§ 3.
Die in den §§ 1 und 2 genannten Arbeiten sind sobald als
möglich, spätestens aber bis zum 1. März des auf das Bemerklich-
werden des Schadens folgenden Jahres auszuführen.

Den Landräten, sowie Magistraten von Frankfurt a. M. und
Wiesbaden steht jedoch die Befugnis zu, diesen Termin sowohl in
einzelnen Fällen als auch allgemein bis zum 1. April zu verlängern.

§ 4.
Zusammenfassungen unterliegen zufolge des § 34 des Feld-
und Forstgesetzes vom 1. April 1880 der daselbst vorgesehenen
Strafe bis zu 150 Mark oder verhältnismäßiger Haft.

Wiesbaden, den 6. Februar 1897.

Der Regierungspräsident.

J. W. v. H. v. H. v. H.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 6. 3. 1917. Der Bürgermeister.

Holzversteigerung.

Samstag den 17. März, vormittags 10 Uhr an-
fangend, werden im hiesigen Gemeindevorstand, Distr. Wäldchen
416 Raummeter Buchen-Scheit- und
Knüppelholz

5 Buchenstämme zu 3 Festmtr. 39 Dezimtr.

2 Tannenstangen zu 42 Dezimtr.

öffentlich meistbietend versteigert.

Die Herren Bürgermeister werden um ortsübliche Be-
kannmachung ersucht.

Wiesbaden, den 8. März 1917.

Der Bürgermeister.

Hedenhahn.

Schöne starke Schweine
stehen am nächsten Montag, den 12. März,
bei mir zum Verkauf.

Heinrich Lindlar
Hachenburg.

Zahn- und Mundwasser zu haben bei
K. Dasbach, Hachenburg.

Höchstpreise für Bier

sind jetzt in Kraft getreten. Einfachbier und dunkles, ober-
gäres Süßbier, welches schon vor dem Kriege nur
wenige Prozent Stammwürze hatte, außer Betracht gelassen,
ist die jetzige Vorschrift für untergäres Bier 6 %
Stammwürze. Anderwärts wurde dieses Kriegsbier schon
lange Zeit geliefert.

Die verehrl. Konsumenten müssen nun auch in den von
mir belieferten Lokalen demnächst mit einem nur dem Ge-
setz entsprechenden Bier vorliebnehmen, da das seitherige
bedeutend kräftigere Bier, zu dem vorgeschriebenen Preise
nun nicht mehr geliefert werden kann. Meine Bierpreise
entsprechen genau der Bierqualität und den teuren Malz-
preisen. Denn das Bier, welches ich seither außer dem
allgemein üblichen Lieferungsquantum abgeben konnte, ent-
stammte Ueberschußmalz, welches ich in reichlichen Mengen
aber zu äußerst hohen Preisen, in der Zeit, wo der Kauf
desselben noch gestattet war, eingekauft hatte. Ueberschuß-
malz bezw. das Bier hieraus ist jedoch fast überall längst
vergriffen, daher im Höchstpreisgesetz außer Betracht gelassen.

Hachenburg, den 8. März 1917.

Weiterwald-Brauerei H. Schneider.

An die Flachsbau treibende Bevölkerung!

Gefuche an das Königl. Kriegsministerium, Kriegs-
Rohstoff-Abteilung, in Berlin um Freigabe von 6 Kilo
Flachs und Berg zum Verspinnen und Verweben für die
eigene Wirtschaft nehme ich zur Weiterbeförderung jeder-
zeit entgegen. Diese freigegebenen Mengen können im
Lohn gesponnen und gewebt werden und empfehle ich,
von dieser Begünstigung Gebrauch zu machen.

Berthold Seewald, Hachenburg

Vertreter der Leinen-Spinnerei und Weberei Rümmenheim
H. Drosbach & Co.

Uhren
Gold- und
Silberwaren
Ernst Schulte
Uhrmacher
Hachenburg.

Schirmreparaturen
werden wieder prompt und billigst aus-
geführt bei
Heinr. Orthen, Hachenburg.

Grosse Auswahl in Ansichtskarten
Patriotische, Künstler- und Serienkarten empfiehlt
Buchdruckerei Th. Kirchhübel, Hachenburg.

Weder eingetroffen
Nähmaschinen- und
Zentrifugen-Oel
in kleinen Flaschen sowie
ausgegeben.
A. Baldus, Möbellager
Hachenburg.

Elektrische Talchen
und Batterien
stets vorrätig bei
Heinr. Orthen, Hachenburg.

Wiegesche
sowie und in Hachenburg
Th. Kirchhübel, Hachenburg.

Soldatenheime,

ihre Einrichtung und Bedeutung
Vortrag des Herrn Sekretär Bergmann vom
deutschen Junglingsbund A. B. B.
am Samstag, den 10. März
abends 8 1/2 Uhr
im Saal des Gasthofs zur Krone, Hachenburg
Vorführung prächtiger Lichtbilder
Eintritt frei.

Um zahlreichen Besuch der Angehörigen jener
Bekanntnisse wird freundlich gebittet.

Fauche-Pumpen
Fässer

alle Größen am Lager
bieten billigst an
C. von Saint George
Hachenburg.